



16.073

**Für gesunde sowie umweltfreundlich
und fair hergestellte Lebensmittel
(Fair-Food-Initiative).
Volksinitiative****Pour des denrées alimentaires saines
et produites dans des conditions
équitables et écologiques (initiative
pour des aliments équitables).
Initiative populaire***Zweitrat – Deuxième Conseil*

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 26.09.17 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 28.09.17 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.02.18 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.03.18 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.03.18 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 16.03.18 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Baumann Isidor (C, UR), für die Kommission: Am 26. November 2015 wurde von einem von der Grünen Partei der Schweiz getragenen Initiativkomitee die Volksinitiative "für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)" eingereicht. Mit Verfügung vom 8. Dezember 2015 stellte die Bundeskanzlei fest, dass die Initiative mit 105 540 gültigen Unterschriften zustande gekommen war.

AB 2018 S 36 / BO 2018 E 36

Was sind die Argumente des Initiativkomitees? Aus der Sicht der Initianten führt der Freihandel zu Umwelt- und Sozialdumping. Es gelangen somit Lebensmittel aus industrieller Massenproduktion auf den Schweizer Markt, die auf eine Art und Weise hergestellt werden, die in der Schweiz nicht zulässig ist oder zu starken Umweltproblemen führt. Dabei wird vor allem hervorgehoben, dass solche Lebensmittel zulasten der Menschen, der Tiere und der Umwelt gehen. Grossflächige Monokulturen, Massentierhaltungen sowie der Einsatz von chemischen Stoffen nehmen laufend zu. Hingegen nehmen die Fruchtbarkeit der Böden und die Biodiversität weltweit ab. Nicht zuletzt sollen auch die Umweltfolgen von Transport und Lagerung sowie die Verschwendung von Lebensmitteln reduziert werden. Verlierer seien die Bäuerinnen und Bauern und, nicht weniger, auch die Konsumentinnen und Konsumenten, und das nicht nur in der Schweiz.

Darum ist das Ziel der Initianten, dass der globale Handel mit Nahrungsmitteln klare und soziale Leitplanken bekommt. Sie verlangen einen fairen Wettbewerb und eine gerechte Globalisierung, indem gleiche Standards für importierte wie für in der Schweiz hergestellte Lebensmittel gelten sollen.

Der Bundesrat kommt in seiner Beurteilung zum Schluss, die Initiative sei mit internationalen Verpflichtungen unvereinbar. Er sieht auch Schwierigkeiten beim Vollzug, wenn gemäss Initiative überprüft werden muss, ob eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse tatsächlich sämtlichen Anforderungen gemäss der Initiative entsprechen. Es bräuchte neue, aufwendige und kostenintensive Kontrollsysteme. Aus Sicht des Bundesrates führt das zur Verteuerung der importierten landwirtschaftlichen Lebensmittel und Produkte, und das nicht nur für die Konsumentinnen und Konsumenten, sondern auch für die importierte Produkte verarbeitenden Betriebe. Im Weiteren sei die Initiative unvereinbar mit den Verpflichtungen der Schweiz gegenüber WTO, EU und Staaten, mit denen wir Freihandelsabkommen geschlossen haben.

Obwohl der Bundesrat die Anliegen der Initianten grundsätzlich unterstützt, verweist er darauf, dass analoge Ziele für die Produktion von Lebensmitteln in der Schweiz bereits umgesetzt sind; es brauche deshalb keine





zusätzlichen Verfassungsgrundlagen. So empfiehlt der Bundesrat die Volksinitiative ohne Gegenentwurf zur Ablehnung.

Der Nationalrat war Erstrat. Die WAK-NR hat nach Anhörungen über die Initiative, den direkten Gegenentwurf gemäss Antrag Jans und den indirekten Gegenentwurf gemäss Antrag Schelbert beraten. Dabei hat sie den indirekten Gegenentwurf gemäss Antrag Schelbert mit 13 zu 11 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt. Dieser ging dann nicht in den Nationalrat. Der Gegenentwurf gemäss Antrag Jans wurde mit 17 zu 7 Stimmen ebenfalls abgelehnt, jedoch als Minderheitsantrag dem Nationalrat unterbreitet. Bei der Initiative folgte die WAK-NR dem Bundesrat und beantragte ihrem Rat mit 16 zu 2 Stimmen bei 7 Enthaltungen, sie ohne Gegenentwurf zur Ablehnung zu empfehlen.

Der Nationalrat hat die Initiative am 26. und 28. September 2017 beraten. Dabei wurden die Initiative sowie der Gegenentwurf der Minderheit Jans sehr breit diskutiert. Es wurden die Notwendigkeit des Verfassungsartikels, die Umsetzbarkeit, die Kontrollierbarkeit, der Protektionismus, aber auch verschiedene für die Initiative positive Erkenntnisse diskutiert. Der Nationalrat hat dann den Gegenentwurf der Minderheit Jans mit 119 zu 60 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Bei der Initiative ist der Nationalrat seiner Kommission und dem Bundesrat gefolgt. Er empfiehlt mit 125 zu 37 Stimmen bei 23 Enthaltungen, die Initiative abzulehnen.

Ihre Kommission, die WAK-SR, hat die Initiative an zwei Sitzungen beraten. An der ersten Sitzung, am 17. Oktober 2017, hat sich Ihre Kommission vertieft mit der Initiative befasst. Dabei kam man grundsätzlich zum Schluss, dass die wesentlichsten Anliegen der Initiative im Gegenentwurf zur Ernährungssicherheits-Initiative, der am 24. September 2017 mit 78,7 Prozent der Stimmen vom Schweizervolk angenommen wurde, berücksichtigt sind. Eine weiter gehende Ergänzung der Verfassung gemäss Fair-Food-Initiative erachtet Ihre Kommission als nicht notwendig und auch nicht als umsetzbar.

Um dies aber in Kenntnis aller Meinungen zu beraten, entschied die Kommission, Vertreter des Initiativkomitees, Frau Nationalrätin Maya Graf und Herrn Ständerat Cramer, zu einer Anhörung einzuladen. Ebenfalls wurde ein Auftrag an das Seco erteilt, der Kommission schriftlich aufzuzeigen, ob die Fair-Food-Initiative WTO-rechtlich umgesetzt werden könnte. An der ersten Sitzung lag der Kommission auch ein Antrag Zanetti Roberto auf einen Gegenentwurf vor. Dieser entspricht im Wortlaut dem Gegenentwurf von der Minderheit Jans, der im Nationalrat klar abgelehnt wurde. Auch dazu verlangte die WAK-SR eine schriftliche Beurteilung durch die Verwaltung.

Im Weiteren hat die Kommission beschlossen, auch die Initianten der Initiative "für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle" einzuladen, da verschiedene Fragen beide Initiativen betreffen. Diese Initiative wird am 12. März in unserem Rat behandelt, darum gehe ich nicht weiter auf sie ein.

Am 22. Januar hat sich Ihre Kommission zum zweiten Mal mit der Fair-Food-Initiative befasst. Dabei wurden Ständerat Cramer und Nationalrätin Maya Graf als Vertreter der Initianten der Fair-Food-Initiative angehört. Sie gingen vertieft auf die Ziele der Initiative ein. Dabei erwähnten sie, dass mit der Annahme des Gegenentwurfes zur zurückgezogenen Volksinitiative "für Ernährungssicherheit" am 24. September 2017 im Speziellen in den Buchstaben d und e ein Teil der Fair-Food-Initiative erfolgreich aufgenommen wurde. Das allein reiche aber nicht. Darum brauche es die Fair-Food-Initiative zusätzlich, denn diese betreffe das Lebensmittelangebot und nicht die Landwirtschaft, also die Achtung der Tiere, die Achtung der Produzentinnen und Produzenten und die Achtung von Natur und Umwelt. Hinzu komme, dass mit der Fair-Food-Initiative eine Gesetzgebung verlangt werde, die Deklarationsvorschriften, Förderung der regionalen Landwirtschaft, Zollregulierungen und Zielvereinbarungen verbindlich regeln müsste. Diese Gesetzgebung habe sich aus den Massnahmen in Absatz 4 Buchstaben a bis e der Initiative abzuleiten.

Die Vertreter des Initiativkomitees widersprachen auch der Auffassung, dass die Initiative den internationalen Verpflichtungen zuwiderlaufe, denn die Initiative sehe eine Umsetzung im Rahmen der geltenden Handelsregeln vor. Mit gutem Willen sei mehr machbar, als bisher gesagt oder getan worden sei. Dabei gehe es auch nicht um die Frage von Verpflichtungen bei internationalem Handel, sondern um Bereiche der Nachhaltigkeitsziele, Klimaabkommen und anderes mehr.

In der anschliessenden Fragerunde wurden den Vertretern der Initiative unter anderem folgende Fragen gestellt: Werden Lebensmittel teurer? Braucht es mehr Personal in der Landwirtschaft? Resultieren aus der Initiative höhere Preise oder mehr Subventionen? Diese Fragen wurden mehrheitlich verneint, solche Folgen aber nicht in jedem Fall ausgeschlossen. Der Konsument sei auch im Wissen um die bessere Deklaration immer frei zu entscheiden, was er kaufen wolle. Auch der Einkaufstourismus sei dadurch nicht betroffen. Was Mehrkosten für die Konsumentinnen und Konsumenten betrifft, wurde auf die extrem tiefen Lebensmittelkosten pro Haushalt verwiesen: 6,5 Prozent in der Schweiz gegenüber 12 bis 18 Prozent in der EU.

Trotzdem: Ein Teil der Kommissionsmitglieder wurde den Eindruck nicht los, dass den Konsumentinnen und Konsumenten die Wahlfreiheit genommen wird und dass die Initiative protektionistisch sei. Protektionismus



wurde aber von den Initianten mit dem Hinweis auf Artikel 104a Absatz 1 des Initiativtextes klar verneint, da die dort aufgeführten Bedingungen für Produkte aus dem Inland wie für Importe gleichwertig gelten. Mit der Initiative möchte man auch erwirken, dass mit vorhandenem Produktionsnachweis künftig mit bevorzugten Zollkontingenten in die Schweiz importiert werden könnte. Dazu merkten die Initianten an, die WTO müsse sich bewegen. Das sieht die Kommission als frommen Wunsch und aus verschiedenen Gründen als nicht umsetzbar an.

In der anschliessenden Beratung, den schriftlichen Stellungnahmen des Seco, des Bundesamtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen und des Bundesamtes für Landwirtschaft wurde einmal mehr detailliert aufgezeigt, welche Forderungen der Initiative bereits heute in der Verfassung

AB 2018 S 37 / BO 2018 E 37

stehen, dass eine WTO-konforme Umsetzung auch nach vertiefter Prüfung nicht möglich ist und dass ein Nutzen für Entwicklungsländer kaum gegeben ist, weil sich kleine Produzenten eine Zertifizierung kaum leisten können. Auch würden unterschiedliche Standards in Europa, in Japan sowie in den USA bürokratische Hürden bilden, dies nicht zuletzt auch darum, weil kein anderes Land ähnliche Regeln kennt.

Aus Sicht der Kommission löst auch der von Kollege Zanetti eingereichte Gegenentwurf diese Probleme nicht, obwohl der Gegenentwurf in der Umsetzung ein wenig einfacher wäre. Dieser Gegenentwurf wurde wie bereits gesagt im Nationalrat abgelehnt.

Ihre Kommission kann sich mit den gleichen Begründungen dem Nationalrat anschliessen und beantragt ebenfalls, den Gegenentwurf abzulehnen. Kollege Zanetti wird sicher aus seiner Sicht noch einbringen, warum man ihn annehmen soll. Ich behalte mir vor, mich anschliessend nochmals zu melden.

Abschliessend kam Ihre Kommission nach Anhörungen, Beurteilung der Stellungnahmen und einer breiten Diskussion zum Schluss: Die Initiative geht zu weit, sie ist nicht umsetzbar, enthält protektionistische Tendenzen, führt zu Mehrkosten, kann die Konsumentinnen und Konsumenten bevormunden, belastet die Verarbeitungsindustrie und ist aufgrund der Annahme des Gegenentwurfes zur Volksinitiative "für Ernährungssicherheit" auch nicht mehr notwendig. Punkte, die in der Fair-Food-Initiative positiv zu würdigen sind, müssen nicht über einen neuen Verfassungsartikel, sondern können über Beratungen zur Agrarpolitik, über Freihandelsverträge und über laufende Gesetzgebungen aufgenommen werden.

So lehnt Ihre Kommission den Gegenentwurf der Minderheit Zanetti Roberto – Sie finden ihn auf der Fahne, es ist die Vorlage 3 – mit 10 zu 3 Stimmen bei 0 Enthaltungen ab. Beim Bundesbeschluss über die Volksinitiative "für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)" ist Ihre Kommission dem Bundesrat und dem Nationalrat gefolgt und empfiehlt die Initiative mit 10 zu 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen zur Ablehnung.

Die Kommissionsmehrheit beantragt also dem Rat, auf den Gegenentwurf nicht einzutreten, und die Kommission beantragt, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen. Der uns vorliegende Einzelantrag Cramer, die Initiative sei zur Annahme zu empfehlen, ist damit ebenfalls abzulehnen.

Zanetti Roberto (S, SO): Mein Vorredner hat die Entstehungsgeschichte des vorliegenden Gegenvorschlages dargelegt. Er hält sich tatsächlich im Wortlaut an den seinerzeitigen Antrag Jans. Beat Jans ist gelernter Landwirt und deshalb agrarpolitischer Spezialist, und zwar mehr als ich. Wenn ein Rad gut dreht, soll man dieses Rad nicht neu erfinden. Deshalb habe ich jenen Wortlaut übernommen. Mit dem beantragten Gegenvorschlag soll versucht werden, allfällige Risiken und unerwünschte Nebenwirkungen der Initiative wenn möglich auszuschalten.

Die Initiative will ja eine Importbarriere für nicht nachhaltig produzierte Lebensmittel. Das ist, wie es der Vorredner gesagt hat, tendenziell protektionistisch, wird ziemlich aufwendig und würde wohl zu beträchtlichen handelsrechtlichen Problemen führen. Der Gegenvorschlag steht im Gegensatz dazu: Er will nicht etwas abhalten, sondern den Import nachhaltig produzierter Lebensmittel fördern. Das ist ein komplett anderer Ansatz, um ein identisches oder sehr ähnliches Ziel zu erreichen.

Der Kommissionssprecher hat es dargelegt: Die Initiative ist sowohl im Nationalrat als auch in den jeweiligen vorberatenden Kommissionen sehr intensiv vorbereitet und diskutiert worden. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger werden das wohl weniger intensiv machen, bevor sie sich eine Meinung bilden – es gibt ja Untersuchungen dazu, wie lange sich Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit Abstimmungsvorlagen auseinandersetzen. Da sehe ich ein gewisses Risiko – oder eine Chance, je nach Betrachtungsweise –, nämlich dass diese Initiative gutgeheissen werden könnte. Sie kommt nämlich sehr sympathisch daher. Kein Mensch will tierquälerisch produziertes Fleisch kaufen; kein Mensch will Gemüse aus Plantagen, deren Arbeitsbedingungen einen an Sklavenhaltung erinnern; kein Mensch will Lebensmittel, deren Produktion unsere Umwelt belastet oder gar



zerstört.

Sie können das an sich selbst beobachten. Ich kann es bei mir beobachten. Ich bin Haushaltsvorstand in einem Einpersonenhaushalt. Wenn also etwas in meinem Kühlschrank ist, dann habe ich es selbst eingekauft. Ich kaufe immer die teuersten Eier, weil ich mir vorstelle, dass es Eier von glücklichen Hühnern sind. Ich kaufe Biogurken, auch wenn sie krumm sind. Ich verzichte auf Spargeln aus Peru. Die wären jetzt nämlich bereits erhältlich, aber ich warte, bis die Spargeln einigermassen aus der Gegend kommen. Ich esse im Hochwinter auch keine Erdbeeren aus Südafrika.

Das machen immer mehr Leute so. Ich vermute, dass bei den Leuten, die an Abstimmungen teilnehmen, bewusste Konsumentinnen und bewusste Konsumenten deutlich überproportional vertreten sind. Wenn also bloss 25 Prozent der Konsumentinnen und Konsumenten ganz bewusst nachhaltige Lebensmittel einkaufen und wenn diese 25 Prozent auch einigermassen diszipliniert an die Urne gehen und dann so abstimmen, wie sie einkaufen, dann kann es bei Stimmbeteiligung in der Grössenordnung von 40 Prozent recht knapp werden. Deshalb noch einmal: Ich beurteile die Chancen der Initiative, an der Urne eine Mehrheit zu holen, als durchaus intakt. Eigentlich hätte ich damit keine Mühe. Mit den übergeordneten Zielsetzungen der Initiative kann ich mich absolut einverstanden erklären. Aber ich sehe die handelsrechtlichen Probleme und die protektionistischen Tendenzen, die der Kommissionssprecher exzellent dargelegt hat. Ich sehe auch das Problem, dass eine Zielrichtung der Initiative, nämlich dass sich das Nachhaltigkeitsniveau der restlichen Welt dem schweizerischen Niveau anpasst, Risiken birgt. Ich könnte mir vorstellen, dass es umgekehrt ist, dass sich das Nachhaltigkeitsniveau der Schweiz auf lange Sicht dem der restlichen Welt anpasst. Deshalb beantrage ich Ihnen, den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern einen Gegenvorschlag zu unterbreiten.

Ganz kurz zum Inhalt des Gegenvorschlages: In Absatz 1 hält er sich praktisch wortgetreu an die Initiative, verzichtet allerdings darauf, den Bund zur Festlegung von Anforderungen an die Produktion und Verarbeitung zu verpflichten, wie das im zweiten Satz von Absatz 1 der Initiative verlangt wird. Damit würde beträchtlicher administrativer Aufwand und Kontrollaufwand des Bundes entfallen.

Bei Absatz 2 besteht, glaube ich, die grösste Differenz. Da würde der Bund gemäss Gegenvorschlag eingeführte Erzeugnisse nach Absatz 1 – dort werden sie umschrieben – lediglich "begünstigen", währenddem die Initiative "sicherstellen" will, dass eingeführte Erzeugnisse grundsätzlich mindestens den Anforderungen gemäss Absatz 1 genügen müssen. Auch dies ist also eine wesentlich flexiblere Vorgabe, als sie die Initiative macht.

Auch bei Absatz 3 hält man sich mit dem Gegenvorschlag an den Initiativtext, allerdings werden noch die negativen Auswirkungen auf das Tierwohl erwähnt. Ich weiss nicht, ob diese im Initiativtext versehentlich nicht erwähnt worden, einfach vergessen gegangen oder bewusst ausgelassen worden sind. Da würde der Gegenvorschlag meines Erachtens die Initiative noch ergänzen und abrunden.

Auf die Absätze 4 und 5, die eine Vielzahl von Kompetenzen und Aufgaben des Bundes vorsehen, wird ausdrücklich verzichtet.

Kurz und gut, man könnte sagen, der Gegenvorschlag fördert das von der Initiative erwünschte Verhalten, nicht zuletzt auch bei den Konsumenten und Konsumentinnen, statt das unerwünschte zu verbieten oder sehr schwierig zu gestalten. Er ergänzt die Initiative, rundet sie ab – ich habe eben den Aspekt des Tierwohls in Absatz 3 erwähnt –, ist schlank formuliert und verzichtet auf übertriebenen staatlichen Aktivismus. Er ist eine schlanke Version.

Genau aus diesen Gründen – Erwünschtes fördern, Abrundung der Initiative und schlanke Formulierung – bitte ich Sie, dem Gegenvorschlag zuzustimmen, sodass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger und insbesondere die Konsumentinnen und Konsumenten an der Urne eine Wahlmöglichkeit haben, ohne sich handelsrechtliche und protektionistische

AB 2018 S 38 / BO 2018 E 38

Schwierigkeiten einzuhandeln, die sie sich eigentlich nicht einhandeln möchten.
Ich danke Ihnen, wenn Sie der Minderheit zustimmen.

Germann Hannes (V, SH): Eigentlich bin ich erstaunt, dass wir heute überhaupt über diese Initiative befinden müssen. Denn an sich haben wir ja dieselbe oder eine ähnliche Thematik bereits in diesem Rat behandelt, und es ist ein entsprechender Gegenvorschlag zur Volksinitiative des Bauernverbands dann auch deutlich angenommen worden. Von dieser Ausgangslage her müsste man eigentlich meinen, wir hätten jetzt inzwischen genug Verfassungsbestimmungen. Das gilt dann auch Richtung Kollege Zanetti. Dieser direkte Gegenvorschlag ist zwar gut gemeint, er wäre eine Möglichkeit, aus der man das Beste machen könnte. Aber im Grunde genommen haben wir wirklich genug Verfassungsbestimmungen. Diese müssen wir ja dann auch wieder um-



setzen, das wird so oder so geschehen, und dort können alle ihre Ideen einfließen lassen. Von daher hätte man erwarten können, dass die Volksinitiative zurückgezogen würde. Nun ja, wenn man so lange Unterschriften gesammelt hat, ist das natürlich schwierig, und ohne Rückzug hat man auch noch einmal die mediale Präsenz. Das ist auch nicht strafbar, das gehört zu unserer Demokratie.

Nun komme ich zum Materiellen der Initiative. Explizit wird darin der Ressourcenschutz erwähnt. Ein wichtiges Anliegen der grünen Initianten ist also bereits erfüllt. Wenn Sie so wollen, war der Verfassungsartikel zur Ernährungssicherheit ein Gegenvorschlag zu dieser Volksinitiative, sozusagen ein vorseilender. Man kann es auch so anschauen, da tatsächlich viele Elemente übereinstimmen. Die Initianten rennen somit offene Türen ein, vor allem was die Qualität von inländischen Lebensmitteln betrifft, die umweltschonend, tierfreundlich und unter fairen Arbeitsbedingungen hergestellt werden sollen – und es auch werden. Alle Forderungen, die sie an die einheimische Lebensmittelproduktion stellen, hat der Gesetzgeber bereits erfüllt. Die hehren Ziele, die neu sind, können hingegen schlicht nicht vernünftig umgesetzt werden. Landwirtschaftliche Erzeugnisse aus dem Ausland sollen die Schweizer Standards erfüllen. Bei stärker verarbeiteten Produkten und Futtermitteln wird dieses Ziel dann wenigstens "angestrebt".

Der Schweizer Detailhandel bemüht sich ebenfalls darum, dass die Importe, etwa beim Fleisch, den Schweizer Standards entsprechen. Aber da müssen wir auch die Initianten konkret fragen: In welchen Schweizer Läden kann zum Beispiel Fleisch aus Massentierhaltung gekauft werden? Ich weiss es nicht, ich kenne keine. Wahrscheinlich wäre die Ware nicht verkäuflich. Die Initiative zielt also auf schwarze Schafe, auf dubiose Fleischimporteure zum Beispiel. Wegen dieser schwarzen Schafe sollen wir eine neue Importkontrollbürokratie an der Grenze aufziehen, wo doch der Zoll bei der Abfertigung heute schon voll gefordert ist – nennen wir es einmal so –, wenn nicht teilweise überfordert.

Ich weiss, die Initianten haben gerade während der Nationalratsdebatte Wasser in den Wein gegeben; Nationalrat Schelbert hat erklärt: "Die Initianten gehen davon aus, dass an der Grenze Massnahmen getroffen werden, mit denen Qualität begünstigt wird. Es geht nicht um den Ausschluss von Produkten, sondern es geht darum, dass Produkte, die von guter Qualität sind, an der Grenze bevorteilt werden können" (AB 2017 N 1564). Nur, vor Tische, also im Initiativtext, liest es sich anders. Will man die Qualität von Importprodukten fördern, oder will man, wie es der Initiativtext verlangt, bei Produkten, die unseren Standards nicht entsprechen, die Einfuhr unterbinden? Die Initianten sind also widersprüchlich.

Mir fehlt auch ein konkreter, praktikabler Hinweis darauf, wie sicherzustellen ist, dass die Importe den Anforderungen der Initiative tatsächlich entsprechen. Laut den Initianten kann der Bund an der Grenze mit Kontingenten und Zöllen fair hergestellte Produkte bevorzugen. Wer aber liefert dem Bund die Informationen, ob ein Produkt entsprechend den Anforderungen gemäss Schweizer Standards hergestellt wurde? Bei den verarbeiteten Produkten wird das Ganze dann noch einmal komplizierter. Da müssten wir also eine wirkliche Vollzugsbürokratie quasi weltweit exportieren, um das alles sicherzustellen. Das wäre, glaube ich, einfach nicht möglich und nicht zielführend. Die Leute sind viel besser beraten, wenn sie einheimische Produkte kaufen. Dann weiss man, woran man ist.

Schliesslich wird von den Initianten nämlich der Einkaufstourismus nicht erfasst. Wer zum Beispiel Fleisch aus Massentierhaltung privat importiert, kann nicht belangt werden. Er kann es sogar noch zollfrei einführen und wird noch von der Mehrwertsteuer befreit; das will unsere tolle Gesetzgebung. Ich setze auch hier ein Fragezeichen, dieses Problem wird nicht gelöst. Es werden immerhin Lebensmittel für 2,5 Milliarden Franken pro Jahr auf diese Weise eingeführt, und dort werden keinerlei Standards gesetzt. Das passiert einfach, weil man den Grenzverkehr nicht behindern will. Das ist okay so, das hat eine gewisse Tradition, aber man darf sich hier einfach nichts vormachen. Wenn wir verteuernde Massnahmen für die einheimische Produktion treffen, dann wird das diesen grauen Import – so sage ich jetzt mal – nur noch weiter befeuern, und das möchte ich nicht.

Darum bitte ich Sie, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen. Ich tue das aber vor allem auch aus formellen Gründen, weil das Thema jetzt gegessen ist, weil wir genügend Bestimmungen in der Verfassung haben. Wenn sie angenommen würde, hätten wir dann komplette Widersprüche. Deshalb muss die Initiative abgelehnt werden. Ich verspreche mir aber auch vom direkten Gegenvorschlag nicht viel und bitte Sie, auch diesen abzulehnen.

Müller Damian (RL, LU): Es kommt in diesem Rat zwar selten vor, aber wenn wir Anliegen dieses Rates diskutieren, dann kann es sein, dass sie gut gemeint sind, aber nicht gut gemacht. Das Anliegen der Grünen ist ja durchaus löblich. Wer von uns will Karotten, die nicht nach Karotten schmecken? Man will Milch, bei der man die Kuh beziehungsweise das Heu oder Gras noch riecht, und Fleisch, das auch nach Fleisch schmeckt. Wir alle wollen gesunde Nahrungsmittel. Das ist unbestritten. Sich dafür einzusetzen macht auch durchweg



Sinn.

Wir alle aber müssen bei dieser Vorlage feststellen, dass das eine falsche Antwort auf eine richtige Frage ist. Wer es sich leisten kann – und das sind in unserem Land doch sehr viele Menschen –, der ist auch bereit, etwas mehr für gesunde Nahrung zu bezahlen. Allerdings gibt es in unserem Land auch viele Menschen, die nicht bereit sind, für Biofrüchte, Biogemüse und Biofleisch jeden Preis zu bezahlen. Diese Menschen holen sich die Nahrungsmittel im Rahmen eines kleinen Familienausflugs im grenznahen Ausland. Da ist Bio auch Bio, aber eben einfach billiger, und trotzdem hat die Politik in unserem Land beschlossen, für die eigene Nahrungsmittelproduktion höhere Standards anzusetzen.

Wir wollen, dass es unseren Tieren gutgeht. Wir wollen, dass möglichst naturnah gepflanzt wird. Bio ist bei uns kein leeres Wort mehr, auch wenn unter Bio so einiges zu verstehen ist. Dafür hat ja der Bund in den letzten Jahren einiges getan. Ich erinnere nur an die Vorgaben, welche das Parlament in der Agrarpolitik 2014–2017 unter dem Stichwort Tierwohl und so weiter gemacht hat. Die Politik ist, um beste Bedingungen für die Volksgesundheit zu schaffen, recht weit gegangen, für einen liberalen Staat jedenfalls weit genug, wie es sich auch gehört.

Wenn nun, wie dies die Initiative der Grünen vorschreiben will, noch weiter reguliert werden muss, geht das für mich eindeutig zu weit – nicht aus ideologischen Gründen: sondern aus ganz praktischen Gründen. Erstens halte ich es für unmöglich, die Nahrungsmiteleinfuhren derart zu kontrollieren, dass damit gleiche Standards erreicht würden wie bei einheimischen Nahrungsmitteln. Ich sage bewusst "unmöglich", weil eine lückenlose Kontrolle nicht einmal mit vorstellbar grösseren Kosten zu bewältigen wäre. Aber auch weniger hohe Kosten für die Nahrungsmittelkontrolle lassen sich nicht rechtfertigen. Wer würde für diese Kosten aufkommen? Die Konsumenten. Aber kann man den Konsumenten auch wirklich höhere Preise abverlangen? Ich denke nicht. Mit stärkeren Kontrollen und damit höheren Kosten würden wir aber nicht nur die Konsumentinnen und Konsumenten bestrafen. Bestrafen würden wir auch unsere Produzentinnen

AB 2018 S 39 / BO 2018 E 39

und Produzenten entlang der gesamten Nahrungsmittelkette, vom Landwirtschaftsbetrieb bis zum verarbeitenden Unternehmen, von der Käserei bis zur Schokoladenfabrik. Damit würden wir die Exporte noch einmal zusätzlich verteuern. Genau das kann aber nicht in unserem Interesse sein. Wir können nicht von unserer Landwirtschaft einerseits fordern, dass sie ihre Chancen auf ausländischen Märkten aktiver wahrnehmen soll, und andererseits gleichzeitig Massnahmen beschliessen, die genau diese Produkte verteuern. Die Fair-Food-Initiative minimiert also auf der einen Seite Marktchancen unserer exportierenden Nahrungsmittelbranche. Sie trägt auf der anderen Seite dazu bei, dass der Einkaufstourismus über die Grenze noch attraktiver wird. Das zeigen die Erfahrungen, die ich selbst während über sechs Jahren im Detailhandel gemacht habe. Das kann es ja nicht sein. Es wäre ein Schuss ins eigene Knie, der langfristig für die Nahrungsmittelproduzenten wie für die Konsumentinnen und Konsumenten sehr schmerzhaft wäre.

An dieser grundsätzlichen Haltung ändert auch der gutgemeinte Vermittlungsvorschlag von Kollege Zanetti beziehungsweise von Nationalrat Beat Jans nichts. Es ist zwar durchaus in einem liberalen Sinne, wenn Anreize geschaffen werden. Das aber schafft das Problem mit den Kontrollen und folglich mit den hohen Kosten nicht aus der Welt. Denn auch hier gilt wieder einmal der Satz eines berühmten deutschen Philosophen, der sagt: Es gibt nichts Richtiges im Falschen.

Die Initiative ist, wenn auch gut gemeint, halt leider falsch. Man kann sie nicht verbessern, man kann sie nur ablehnen. Ich bitte Sie, dies im Sinne des Kommissionssprechers ebenfalls zu tun.

Cramer Robert (G, GE): Il y a une proposition de majorité, une proposition de minorité et une proposition individuelle que je vous fais, qui est de recommander au peuple et aux cantons d'accepter cette initiative.

Le rapporteur de la commission, Monsieur Baumann, a rappelé à juste titre que j'étais co-président du comité d'initiative, donc ma proposition n'a rien de surprenant. Il a fait un rapport extrêmement complet sur les débats qui ont eu lieu au sujet de cette initiative, sur les prises de position des initiants, du Conseil fédéral et de la commission. Je le remercie beaucoup pour ses propos. Je vais essayer de ne pas faire de redites par rapport à tout ce qui a été excellemment résumé par Monsieur Baumann. Je vais essayer de me concentrer sur un ou deux points.

Le point qui est le plus important, à mon avis, et celui sur lequel il faut insister, c'est que l'initiative "pour des aliments équitables" – "Fair-Food-Initiative" en allemand – traite de l'alimentation et non de l'agriculture. Bien sûr, il y a un rapport entre l'alimentation et l'agriculture, mais le point de vue adopté par cette initiative, c'est celui du consommateur. En ceci, cette initiative se distingue aussi bien de l'initiative "pour la sécurité alimentaire", qui a fait l'objet d'un contre-projet qui a été très largement accepté en votation populaire le 24



septembre 2017 – 78,7 pour cent du peuple a soutenu cette modification constitutionnelle –, que de l'initiative "pour la souveraineté alimentaire" qui sera à l'ordre du jour de notre séance du 12 mars prochain.

Le but de l'initiative, et cela est écrit à l'alinéa 1, est d'offrir à toute la population des denrées alimentaires sûres et de qualité. Par le mot "qualité", on entend bien sûr la qualité des aliments, mais aussi des conditions de production. L'initiative indique à cet égard, toujours à l'alinéa 1, que les denrées alimentaires doivent être "produites dans le respect de l'environnement, des ressources et des animaux, ainsi que dans des conditions de travail équitables." L'accent est mis, dans cette initiative, sur les conditions de production; cela constitue vraiment le centre de l'initiative: comment produit-on la nourriture que nous mangeons?

Il faut rappeler le contexte dans lequel cette initiative a été lancée. Il s'agit du scandale des tomates produites dans le Sud de l'Espagne et qui étaient importées en Suisse. Ces tomates étaient, et sont toujours, produites dans des conditions inacceptables, aussi bien en ce qui concerne la protection de l'environnement qu'en ce qui concerne les travailleurs agricoles. Bien sûr, elles sont bon marché. Mais le prix de ces tomates bon marché, ce sont les conditions de travail des travailleurs agricoles et les atteintes majeures qui sont portées à l'environnement. Ce scandale avait considérablement ému notre pays, puisque à l'époque, cinq initiatives de cantons avaient été lancées et avaient abouti. Alors que ces cinq initiatives cantonales ont été soutenues par le Conseil national, elles ont été rejetées par notre conseil. Mais en même temps que ces initiatives cantonales étaient rejetées, la motion 10.3626 était adoptée par notre conseil; on l'a un peu oubliée. Cette motion, adoptée le 8 juin 2011, charge le Conseil fédéral, dans le cadre des accords internationaux qu'il conclut, d'être aussi attentif aux conditions de travail dans le domaine agricole et au respect des normes environnementales qu'au libre-échange.

Malheureusement, la motion 10.3626 n'a jamais été mise en oeuvre par le Conseil fédéral, et la meilleure preuve qu'il ne la met pas en oeuvre, ce sont les négociations avec l'Indonésie, auxquelles nous sommes en train d'assister, et qui portent sur la problématique de l'huile de palme. En d'autres termes, ce que l'initiative réclame, c'est que l'on mette en oeuvre la motion que nous avons adoptée le 8 juin 2011 et que l'on arrête le dumping environnemental et social auquel on assiste actuellement dans l'agriculture. Ce dumping se traduit par la mise sur le marché d'aliments de mauvaise qualité, produits au détriment des conditions de vie des agriculteurs, dans des conditions nuisibles à l'environnement et contraires à la protection des animaux. On doit s'en préoccuper.

En Suisse, nous importons 40 pour cent de notre nourriture – 50 pour cent, si l'on tient compte des fourrages –, et les consommateurs doivent avoir des garanties en ce qui concerne la qualité des aliments. En outre, les agriculteurs doivent être protégés contre la concurrence déloyale dont ils sont actuellement victimes. A ce titre, je dois dire que j'ai été un peu surpris par certains des propos que j'ai entendus ici. Il y a concurrence déloyale, aujourd'hui, dans le domaine de l'agriculture, étant donné que les conditions de production à l'étranger n'ont rien à voir avec les exigences que nous avons dans notre pays.

J'aimerais ajouter que les préoccupations exprimées par l'initiative sont plus actuelles que jamais, et je dois dire que, dans les propos que j'ai entendus tout à l'heure de la bouche d'un certain nombre d'intervenants, j'ai l'impression qu'il y a un certain déni de réalité. On a l'air de dire que tout va bien. Oui, peut-être que, dans cette chambre, nous considérons que tout va bien, mais il suffit de sortir du Palais fédéral pour voir qu'une bonne partie de la population n'a pas l'impression que les choses vont si bien que cela. Alors que nous débattons de cette initiative, l'initiative "pour une eau potable propre et une alimentation saine – Pas de subventions pour l'utilisation de pesticides et l'utilisation d'antibiotiques à titre prophylactique" vient d'être déposée et vous savez l'émotion qu'elle provoque actuellement dans le monde agricole. Une autre initiative sur le même thème, l'initiative "pour une Suisse libre de pesticides de synthèse", fait actuellement l'objet d'une récolte de signatures qui arrive à peu près à son terme, et il est fort possible qu'elle aboutisse également.

En même temps, on apprend qu'un comité d'initiative s'est formé et prépare une initiative populaire qu'il va certainement lancer. Cette initiative est relative à la protection des animaux. En plus des trois initiatives que je viens de citer, vous vous souvenez du débat sur la motion Aebischer Matthias 15.3832, "Interdire l'importation de produits provenant d'animaux ayant subi de mauvais traitements", et surtout du débat très actuel au sujet de l'utilisation du glyphosate.

Tout cela pour dire que c'est ne pas voir la réalité que de nier qu'il y a nécessité d'agir. Oui, il y a nécessité d'agir, n'en déplaise au Conseil fédéral qui entend sacrifier l'agriculture et les consommateurs de notre pays pour favoriser le libre-échange. C'est exactement ce que nous dit le Conseil fédéral dans son rapport du 1er novembre de l'année dernière.

Voilà ce que je souhaitais dire au sujet de la motivation sous-tendant cette initiative.

Maintenant, j'aimerais en venir, et ce sera beaucoup plus bref, au second point: fallait-il absolument rédiger une initiative constitutionnelle? La réponse est claire: du point de vue normatif, cela n'était pas nécessaire.



Rien n'interdit,

AB 2018 S 40 / BO 2018 E 40

dans la Constitution, de mettre en oeuvre les propositions de l'initiative populaire. Ceci dit, lorsque la population entend s'exprimer dans le débat politique, elle a comme seul instrument législatif l'initiative constitutionnelle. Il n'y a pas d'initiative législative dans notre pays. La seule possibilité qui est donc offerte au citoyen, c'est l'initiative constitutionnelle. Mais les initiants, et cela Monsieur Baumann, rapporteur, l'a rappelé à juste titre, ont dit qu'ils étaient prêts à retirer leur initiative au profit d'un contre-projet indirect, c'est-à-dire d'un certain nombre de dispositions législatives qui pourraient aller dans le sens de l'initiative. Malheureusement, cette voie, qui avait été envisagée à un moment donné par le Conseil national, a été abandonnée. C'est donc dire qu'il ne reste plus aujourd'hui – si l'on veut savoir quel genre de mesures il faudrait prendre – que l'initiative puisque celle-ci prévoit un catalogue de mesures.

Je dirai que ce catalogue de mesures est d'autant plus indispensable que le Conseil fédéral s'obstine à dire que le contre-projet direct à l'initiative populaire "pour la sécurité alimentaire", massivement accepté par la population suisse le 24 septembre 2017, n'exige pas de législation d'application. On a pu encore le lire dans le récent rapport du Conseil fédéral du 1er novembre 2017 sur la politique agricole. On ne saura donc jamais, sauf à accepter cette initiative, ce qu'implique la mise en oeuvre de l'article 104a de la Constitution voulu par le peuple et les cantons, qui exige notamment "des relations commerciales transfrontalières qui contribuent au développement durable de l'agriculture et du secteur agroalimentaire". On ne saura pas non plus ce que signifie, ce qu'implique au niveau législatif "une production de denrées alimentaires adaptée aux conditions locales et utilisant les ressources naturelles de manière efficiente". On ne saura pas plus ce que signifie "une utilisation des denrées alimentaires qui préserve les ressources naturelles". Pour savoir ce que signifient tous ces termes généraux, il est indispensable d'avoir des législations d'application. C'est exactement ce que l'on trouve dans l'initiative qui nous est soumise, avec le catalogue de mesures qui figure à l'alinéa 4.

La nécessité de ce catalogue de mesures, aujourd'hui niée par le Conseil fédéral, malheureusement, n'est pas palliée par le contre-projet qui nous est proposé par la minorité Zanetti Roberto. Bien sûr que je voterai pour ce contre-projet, puisqu'il va dans le sens de l'initiative, mais je dirai qu'il ne résout pas le problème parce qu'il laisse toujours ouverte la question des mesures que nous allons prendre pour mettre en oeuvre cette politique, aussi bien au niveau agricole qu'alimentaire, voulue par le peuple suisse, tel qu'il l'a exprimé en adoptant l'article 104a de la Constitution.

J'en viens maintenant au dernier point de mon intervention.

C'est peut-être la principale critique qui est faite à l'initiative, à savoir qu'elle serait contraire aux accords internationaux conclus par la Suisse.

Déjà, je pourrais me borner à répondre à cette critique en relevant que cette initiative ne prévoit pas beaucoup plus que ce que prévoit la motion 10.3626, qui a été adoptée le 8 juin 2011 par le Conseil des Etats. Je dirai que, en ce qui concerne les accords internationaux, l'initiative ne va pas beaucoup plus loin que la motion, et, en tout cas, que les principes figurant déjà à l'article 104a de la Constitution. Je dirai enfin que, quant aux accords internationaux, du fait même que les initiants s'époumonent à dire que des législations d'application leur conviendraient très bien, il ne s'agit pas à leurs yeux de les remettre en cause.

Hormis ces considérations, je dois vous dire aussi que le texte de l'initiative a été soumis à des experts en matière de droit international et que ces experts nous disent que cette initiative peut parfaitement être interprétée conformément à tous les accords internationaux auxquels nous sommes liés. Alors, évidemment, on peut toujours chercher des exemples absurdes et imaginer une mise en oeuvre absurde de l'initiative, ce que l'on peut toutefois faire avec toutes les initiatives. Cela étant, on arrive parfaitement à appliquer cette initiative dans le cadre du droit actuel. Et, du reste, le catalogue de mesures prévu par l'initiative à l'alinéa 4 n'amène rien de nouveau, tous ces instruments juridiques existent dans le droit fédéral.

Au sujet de la législation internationale, j'aimerais ajouter que l'on ne doit pas toujours considérer exclusivement la législation internationale qui porte sur le libre-échange. La Suisse est liée par bien d'autres accords internationaux: la Suisse est liée par des accords internationaux qui protègent les travailleurs; la Suisse est liée par des accords internationaux en matière de développement durable; la Suisse est liée par des accords internationaux qui portent sur la protection de la nature et de l'environnement. Ces accords internationaux sont aussi applicables; ils le sont tout autant que les accords qui peuvent porter sur des questions de libre-échange. Du reste, je le répète, lorsqu'en 2011 nous avons adopté la motion 10.3626, "Production de denrées alimentaires. Conditions sociales et écologiques", on ne nous a pas dit que des accords internationaux empêchaient son adoption.

Je vous dirai en conclusion qu'il faut en finir avec le double discours du Conseil fédéral. Le moment est venu



d'assurer plus de cohérence en faveur, tout d'abord, des consommateurs de notre pays, ainsi que, ensuite, d'une politique qui soit plus respectueuse des agriculteurs suisses; d'une politique qui soit plus respectueuse des travailleurs agricoles d'ici et d'ailleurs; d'une politique qui soit plus respectueuse de l'environnement; et d'une politique qui soit plus respectueuse des animaux de rente.

Voilà ce que demande l'initiative que j'ai l'honneur de défendre et que je vous invite à soutenir.

Hegglin Peter (C, ZG): Grundsätzlich habe ich Sympathien für diese Initiative, denn wer kann schon gegen gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel sein? Ich glaube, das ist doch das Ziel, dem wir hier in der Politik und auch in der Schweizer Produktion nachzuleben versuchen. Es ist in vielen Gesetzen, Verfassungsartikeln und Bestimmungen heute schon festgelegt, sei es im Bereich Ökologie, sei es beim Tierwohl, sei es im Bereich Wasser oder Gewässerschutz, und es sind noch viele weitere Vorstösse unterwegs. Ich erinnere hier an die Volksinitiative "für sauberes Trinkwasser", die dann noch viel weiter geht und zum Beispiel auch Pestizide in der Produktion komplett verbieten möchte.

Was liegt da näher, als zu versuchen, die hohen Ansprüche, die wir an uns stellen, auch an Importprodukte zu stellen? Ich kann hier an die Käfighaltung von Legehennen erinnern; das ist ein Beispiel. Bei uns ist das schon seit 1992 verboten, aber dann wurden doch über viele, viele Jahre immer noch Eier aus solchen Produktionsformen importiert. Abhilfe geschaffen hat hier dann vor allem die saubere Deklaration. Heute kann es sich eigentlich kein Detaillist mehr leisten, in seinen Verkaufsregalen Eier aus Käfighaltung anzubieten – obwohl in der EU quasi noch die Hälfte aller Hühner in solchen Legebatterien gehalten wird –, nachdem das in der Schweiz seit 1992 verboten ist; es sind hier sehr lange Zeithorizonte. Geringe Mengen von Eiern von in Käfigen gehaltenen Hühnern kommen noch in Form von verarbeiteten Produkten in die Schweiz.

Von der Zielsetzung her könnte ich diese Initiative sehr wohl unterstützen, ich sehe auch einen Mehrwert. Wo ich das Problem sehe, ist aber halt bei der Kontrolle, bei der Umsetzung. Wie soll das dann gehen? Es ist doch so: Wenn verboten werden sollte, was nicht den Anforderungen bei uns entspricht, müsste ja dann irgendjemand in diese Länder gehen und vor Ort die Produkte kontrollieren oder zertifizieren, zulassen oder nicht zulassen. Ich sehe einen sehr grossen bürokratischen Aufwand. Deswegen und auch im Zusammenhang mit den Handelsverträgen, die wieder dagegen sprechen, sehe ich die Machbarkeit für nicht gegeben. Deshalb kann ich die Initiative am Schluss nicht zur Annahme empfehlen, genau gleich, wie ich auch nicht auf den Gegenvorschlag eintreten kann, der da gewisse Begünstigungen vorsieht. Ich kann mir nicht genau vorstellen, wie das gehen sollte, ob das tiefere Zollhürden wären oder ob sogar Mittel dafür eingesetzt werden sollten, was ja dann wieder heissen würde, dass Produkte aus diesen Ländern im Vergleich zu den Inlandprodukten quasi vergünstigt würden. Es würden also mit staatlichen Mitteln Produkte, die importiert werden, quasi vergünstigt.

AB 2018 S 41 / BO 2018 E 41

Aus diesen Gründen kann ich da nicht zustimmen, und ich empfehle Ihnen auch, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen, auf den Gegenvorschlag nicht einzutreten und auf die verstärkte Deklaration, wie wir sie heute schon anwenden, zu setzen.

Als letztes Beispiel dafür, dass das funktioniert, ist das Palmöl zu nennen. Die Rodung von Urwald zur Produktion von Palmöl hat in der letzten Zeit zu grossen Diskussionen geführt, auch hier in der Schweiz. Das hatte dann zur Folge, dass auf die Verwendung von Palmöl in der Produktion verzichtet wurde, ohne dass da explizit eine gesetzliche Vorgabe galt, einfach weil es sich die Produzenten nicht leisten konnten, in den Medien negativ dargestellt zu werden, eben als Verursacher von Rodungen von Urwaldflächen.

Ich empfehle Ihnen also die Ablehnung der Initiative.

Föhn Peter (V, SZ): Ich danke meinem Vorredner für die Beispiele, die er aufgezählt hat. Er hat auch gesagt, dass die Initiative – das sage ich auch, dem stimme ich zu – eigentlich hehre Ziele verfolgt, aber zu weit geht. Sie geht viel zu weit. Das wurde jetzt schon mehrfach gesagt.

Ich äussere mich noch ganz kurz zum Rückzug, Herr Cramer. In der Kommission haben wir das bei der letzten Initiative, bei der letzten Vorlage, intensiv besprochen. Im damaligen Gegenvorschlag hat man auch die Anliegen der Initiative in einen vernünftigen Rahmen gepackt und entsprechend aufgenommen, in der Meinung, dass die Initiative dann zurückgezogen werden könnte. Dem ist jetzt nicht so. Man will einfach nicht. Man will das Volk noch einmal bemühen. Das finde ich nicht richtig.

Am 27. September 2017 hat das Stimmvolk mit einem überwältigenden Mehr der Verankerung der Ernährungssicherheit in der Verfassung zugestimmt. Das Schweizervolk wünscht mit dieser Zustimmung auch, dass Ernährungssicherheit primär über eine nachhaltige, aber auch einheimische Produktion zu erreichen sei. Das Schweizervolk befürwortet und unterstützt damit auch die Bestrebungen von internationalen Nachhaltigkeits-



standards. Das hat es damals klipp und klar gesagt.

Aber das heutige Volksbegehren geht viel weiter, geht nach meiner Meinung zu weit. Es würde zu Schwierigkeiten im Vollzug führen. Irgendjemand müsste das dann einmal bezahlen. Es müsste dann geklärt und überprüft werden, ob eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse tatsächlich all diese Anforderungen gemäss der Initiative erfüllen. Das wäre sehr, sehr aufwendig und vor allem kostenintensiv. Ich frage Sie, wer diese bürokratischen und administrativen Zusatzaufwendungen bezahlen möchte. Ich glaube, dass wir diese nicht überwälzen und dem Konsumenten auch noch aufbürden dürfen.

Ich bitte Sie dringendst, der Mehrheit zu folgen und die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen.

Vielleicht muss ich noch etwas zum Minderheitssprecher sagen: Er hat zwar seinen Haushalt und sein Einkaufsverhalten gerühmt, hat aber gleich auch nachgeschoben, dass eben die Bevölkerung heute sensibilisierter sei und dass sich sehr viele dementsprechend und gleich wie er verhalten würden. Das ist doch gut so. Also müssen wir doch nicht noch weitere Vorschriften machen. Seien wir doch endlich zufrieden mit dem, was alles bereits geschieht. Die Frauen und Männer, die einkaufen, kaufen bewusster ein. Wir können uns nicht herausnehmen, dass wir von diesem Saal aus eine gerechtere Globalisierung heraufbeschwören können. Daran glaube ich nicht. Wir müssen und dürfen hier der Mehrheit folgen und die Initiative zur Ablehnung empfehlen, und zwar ohne Gegenvorschlag.

Baumann Isidor (C, UR), für die Kommission: Besten Dank, Herr Cramer, für die lobenden Worte zur Berichterstattung. Ich kann hier ergänzen, dass dieses Lob natürlich hiermit an die Kommission geht, denn der Berichterstatte hat nur zu berichten, was er in der Kommission gehört und was die Kommission entschieden hat. Damit loben Sie also indirekt auch die Arbeit der Kommission.

Damit ich beim Loben bleiben kann, möchte ich selbstverständlich auch Ihnen, als Vertreter des Initiativkomitees, und Frau Graf danken. Wir haben Ihre Berichterstattung in der Kommission auch als sehr fair empfunden. Die Kommission hatte grosses Verständnis für Ihre Empfindungen und Anliegen und für Ihre Kritik an gewissen Praktiken in der Herstellung von Lebensmitteln. Hier wäre die Kommission mit grösster Wahrscheinlichkeit darauf eingetreten, Dinge, die Sie angesprochen haben, die heute nicht als "fair" und "umweltfreundlich" zu taxieren sind, zu korrigieren. Doch die ganze Initiative geht im Inhalt so weit, dass sie nicht umsetzbar ist. Das habe ich in der Berichterstattung ausgeführt.

Betrachten wir die ganze Situation, wie die Beratung der Initiative erfolgt ist: Darf ich daran erinnern, dass sich die WAK-SR schon früh mit allen drei Initiativen – mit der Ernährungssicherheits-Initiative, der Fair-Food-Initiative und der Ernährungssouveränitäts-Initiative – befasst hat? Die Kommission hat sich bei der ersten Initiative die Mühe genommen, herauszufinden und auszuloten, was alles für eine Volksabstimmung vertretbar ist und wie die Anliegen aller drei Initiativen in der ersten – und hoffentlich einzigen erfolgreichen – Volksabstimmung dem Volk unterbreitet werden können. Da hat man die Anliegen der Fair-Food-Initiative bereits aufgenommen. Man hat erkannt, dass ein Weitergehen zugunsten der Anliegen der Fair-Food-Initiative oder der Ernährungssouveränitäts-Initiative nicht verantwortbar ist. Bei diesem Beschluss ist die Kommission nun auch bei der letzten Beratung geblieben.

Ich erinnere noch einmal daran: Vieles, was die Initiative fordert, ist nicht umsetzbar. Ich gehe nicht mehr auf die Details ein. Sie haben auch nicht explizit widersprochen, als ich sagte, dass in der Idee der Initiative ein gewisser Protektionismus enthalten ist. Das erträgt es nicht.

Mehrkosten sind eine automatische Folge, wenn man bei der Produktion Bedingungen festlegen will. Nicht zuletzt wäre es eine Herausforderung für unsere verarbeitende Industrie, wenn sie verschiedenste Produkte, die sie heute importiert, künftig nicht mehr importieren könnte. Damit wäre die Voraussetzung nicht mehr gegeben, um Produkte im Handel, national wie international, zu fairen Preisen abzusetzen. Auch darum ist die Kommission zum Schluss gekommen, die Initiative sei abzulehnen. Sie ist aber nicht gegen die Grundsätze, fair und umweltfreundlich zu produzieren. Wenn man dann noch den Gegenvorschlag, den Herr Zanetti vorgestellt hat, anschaut, muss man doch zugeben, dass es bei diesem Gegenvorschlag zwar um eine schlanke Version geht, aber dass er die drei ersten Punkte so, wie sie in der Initiative stehen, aufgenommen hat. Hier hat schon der Bundesrat in der Botschaft festgehalten, dass bei den Begriffen "der Bund stärkt" und "er begünstigt" eigentlich nicht klar ist, was sie wollen. Sie sind auslegungsbedürftig, und auslegungsbedürftige Texte in einem Verfassungsartikel – das hat man ja das letzte Mal schon diskutiert – sollte man dem Schweizervolk nicht unterbreiten.

Das Wort "begünstigt" ist ein gefährliches Wort. Das Wort "begünstigt" bedeutet, dass man nicht alle gleich behandelt, sondern Einzelne besser behandeln will. Darum ist auch der Gegenvorschlag für die Kommission nicht verantwortbar.



Zusammengefasst: Es gibt viele Gründe bezüglich der Umsetzung, es gibt viele Gründe bezüglich der Ungleichbehandlung, es gibt viele Gründe bezüglich der Auswirkungen auf Konsumentinnen und Konsumenten und die verarbeitende Industrie, die fast selbstredend die Ablehnung der Initiative begründen. Ich hoffe, der Rat kann dem folgen.

Einen kleinen Trost kann ich Kollege Zanetti noch geben: Ob die Initiative angenommen oder abgelehnt wird, ob der Gegenvorschlag angenommen oder abgelehnt wird, Sie dürfen weiterhin die teuersten Produkte einkaufen; die Schweizer Landwirtschaft wird es Ihnen danken.

Berset Alain, président de la Confédération: Je crois que, et votre débat le montre, nous avons affaire ici à un sujet d'importance, qui intéresse aussi beaucoup le public et non seulement votre conseil ou le Conseil fédéral. Cette initiative populaire, le rapporteur l'a rappelé, est arrivée en deuxième lieu dans une série de trois initiatives populaires qui touchaient toutes plus ou moins à la même thématique globale, celle concernant l'article 104 de la Constitution fédérale, sur

AB 2018 S 42 / BO 2018 E 42

la sécurité alimentaire et la souveraineté alimentaire. Je peux vous le redire ici, le Conseil fédéral partage les vues générales qui sont exprimées par ces initiatives, soutient globalement les objectifs qui ont été fixés et s'engage dans ce sens. Cela ressort aussi globalement de la politique qui est menée aujourd'hui.

Si le Conseil fédéral a proposé de recommander le rejet de ces trois initiatives sans contre-projet, c'est parce qu'il estime que si certaines mesures doivent peut-être encore être prises, si des débats sont nécessaires, cela ne nécessite pas de modifications constitutionnelles, dans la mesure où les bases légales existent pour mener ces débats. On a d'ailleurs pu constater durant ces dernières années que ce n'était pas par manque de bases constitutionnelles que certains débats n'avaient pas avancé, mais par manque de majorités politiques. Il y a différents domaines, dont je me suis aussi occupé – par exemple la loi sur les denrées alimentaires, avec la question des indications à mettre sur les denrées alimentaires – où, après un débat approfondi, les décisions du Parlement ne sont pas toujours allées dans le sens de ce que souhaitait le Conseil fédéral. Mais ce sont ces décisions qui expriment la volonté parlementaire et qui doivent ensuite s'appliquer.

Le seul élément peut-être où une de ces initiatives produirait des modifications importantes, c'est dans le domaine des relations avec l'extérieur. Et c'est vrai, le Conseil fédéral l'a reconnu en disant que, dans ce domaine, il ne souhaitait pas changer les règles actuelles. Evidemment, il s'engage aussi pour la durabilité, pour une gestion efficiente des ressources à l'extérieur et dans le cadre des organisations internationales. C'est d'ailleurs dans ce contexte que s'inscrit la motion que vous avez citée tout à l'heure, Monsieur Cramer, adoptée par votre conseil le 8 juin 2011. En fait le Conseil fédéral avait proposé le rejet de la motion, parce qu'il estimait que les demandes qu'elle formulait étaient déjà satisfaites. Mais puisque votre conseil a décidé qu'avec la même argumentation, on pouvait tout aussi bien l'adopter, le représentant du Conseil fédéral qui était alors présent avait répondu qu'en effet, puisque les demandes de la motion étaient déjà remplies, son adoption serait considérée comme un soutien à la politique menée par le Conseil fédéral. Nous ne sommes donc pas partis de l'idée que l'adoption de cette motion devait avoir des conséquences allant au-delà de ce que le Conseil fédéral réalisait déjà.

Pour revenir maintenant sur le fond: nous avons les articles 104 et 104a de la Constitution; nous avons la loi sur l'agriculture, qui contient toute une série de bases; nous avons la nouvelle loi sur les denrées alimentaires; nous avons, en matière de protection des animaux – et les modifications de la loi ont été débattues récemment –, des dispositions de la loi fédérale idoines qui garantissent un niveau de protection très strict – l'une des lois les plus strictes au monde d'ailleurs, ce dont nous pouvons également être fiers. En matière environnementale aussi, le Conseil fédéral s'engage. Il a pris toute une série de mesures. Je peux mentionner le plan d'action "Economie verte" de 2013, qui comprend 27 mesures. Ce plan d'action vise à l'utilisation durable et respectueuse des ressources naturelles tant en Suisse qu'à l'étranger. Nous avons donc, de par la Constitution, de par les lois actuelles, toute une série d'éléments qui nous permettent d'agir. S'il y a des besoins ou des souhaits ou une majorité qui serait d'avis qu'il faudrait faire plus sur le plan parlementaire dans un domaine, libre à vous d'agir. Le Conseil fédéral fait parfois des propositions dans ce sens, mais le dernier mot revient toujours au Parlement. Sur le plan international maintenant, pour quitter le terrain national, la Suisse s'engage aussi pour atteindre les buts de durabilité qui sont formulés dans l'initiative pour des aliments équitables. Un exemple que je peux vous donner, c'est notre engagement dans la réalisation en cours des 17 objectifs de l'Agenda 2030 de l'ONU pour le développement durable. Vous le savez, l'un de ces objectifs porte spécifiquement sur l'agriculture durable, sur la sécurité alimentaire et sur la qualité nutritionnelle.

Donc, nous sommes d'avis qu'il n'y a pas besoin de nouvelles bases constitutionnelles. Les questions qui



pourraient se poser sont: jusqu'où faut-il concrétiser les bases qui existent? Jusqu'où faut-il agir dans ce cadre? Nous avons, et je l'ai mentionné, toute une série de lois dans le cadre desquelles il est possible d'agir. Pour les défenseurs de l'initiative pour des aliments équitables, il reste encore la question du conflit avec la politique commerciale de la Suisse. Je l'ai mentionné au départ: il y a la revendication de l'initiative selon laquelle les produits agricoles importés utilisés comme denrées alimentaires doivent répondre aux standards de durabilité fixés par la Suisse – c'est la substance du texte de l'initiative. Le Conseil fédéral a indiqué qu'il voyait là un conflit avec les engagements de la Suisse envers l'Organisation mondiale du commerce (OMC), mais pas seulement. Il y voit aussi un conflit qui touche les engagements que nous avons pris envers l'Union européenne et les Etats avec lesquels nous avons conclu des accords de libre-échange.

Il y a eu en parallèle – elle a été mentionnée ce matin – une étude de l'Université de Berne qui part du principe qu'il n'y aurait pas de conflit – je souhaite le mentionner parce que c'est un élément important – avec le droit de l'OMC si la Suisse se référait à des standards internationaux reconnus. Ce qui est vrai. Les résultats de cette étude sont justes: il n'y aurait pas de conflit avec l'OMC si la Suisse se référait à des standards internationaux reconnus.

A l'heure actuelle, ces standards internationaux reconnus n'existent pas; c'est là que le problème se pose. Et s'il y a un élément sur lequel un engagement, une contribution de la Suisse au débat sur le plan international est possible, c'est peut-être précisément dans la définition commune de ces objectifs. C'est quelque chose auquel nous pouvons contribuer, mais nous ne sommes pas seuls à décider dans ce domaine.

Pour terminer, je reviens maintenant sur les trois initiatives, l'initiative "pour la sécurité alimentaire", l'initiative "pour la souveraineté alimentaire" et l'initiative "pour des aliments équitables". Le rapporteur de la commission l'a rappelé: au moment où le Parlement s'est prononcé en faveur du contre-projet à la première initiative, soit le 14 mars 2017, les trois initiatives étaient pendantes devant le Parlement. Les trois messages du Conseil fédéral, portant chacun sur une des initiatives, avaient déjà été adoptés et transmis au Parlement. Nous partons donc de l'idée qu'en élaborant ce contre-projet, le Parlement avait à l'esprit ces trois initiatives. Alors, il en a fait ce qui lui semblait juste, en élaborant un contre-projet. Mais il ne nous paraît pas tout à fait aussi simple aujourd'hui, ne serait-ce que sur le plan technique, de modifier ou de compléter un article constitutionnel qui vient d'être accepté par le peuple il y a quelques mois.

C'était aussi un des éléments qu'il fallait prendre en compte. Du moment où trois initiatives constitutionnelles touchant à peu près au même thème étaient présentées en même temps, il revenait au Parlement de décider comment agir. Le Conseil fédéral avait été clair: il avait recommandé le rejet des trois initiatives sans aucun contre-projet. Le Parlement en a décidé autrement en formulant un contre-projet sur la première, en y intégrant globalement les éléments qui concernent la sécurité alimentaire et les denrées alimentaires, dont acte. Le Conseil fédéral a évidemment soutenu ensuite ce contre-projet en votation populaire et il a finalement été accepté par une très forte majorité.

Monsieur Cramer, la question de savoir ce qui va être réalisé de ce contre-projet est naturellement une question importante. Nous estimons, et c'est la constance du Conseil fédéral, que les moyens pour remplir les objectifs visés par ce contre-projet existent déjà. Nous l'avons toujours dit. A partir de là, si nous estimons que nous avons déjà les éléments législatifs pour son application, il faut aussi comprendre que le Conseil fédéral, en discussion avec vous, part de l'idée qu'il n'y a pas aujourd'hui de nécessité impérieuse d'agir.

Nous pouvons mener le débat sur la base de ce nouvel article 104a de la Constitution fédérale, mais pas sur la base d'une initiative populaire ou d'un nouveau contre-projet à une initiative populaire ou d'une nouvelle modification de la Constitution. Ce débat législatif peut avoir lieu au sein du Parlement et vous pouvez toujours compter, vous le savez, sur la

AB 2018 S 43 / BO 2018 E 43

contribution du Conseil fédéral pour accompagner vos réflexions et décisions.

Voilà ce que je voulais vous dire, en vous invitant à soutenir la recommandation du Conseil fédéral et donc la position de la majorité de votre commission.

1. Bundesbeschluss über die Volksinitiative "für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)"

1. Arrêté fédéral sur l'initiative populaire "pour des denrées alimentaires saines et produites dans des



conditions équitables et écologiques (initiative pour des aliments équitables)"

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Art. 1

Proposta della Commissione di redazione

Cpv. 2 art. 104a cpv. 5

Il Consiglio federale fissa obiettivi a medio e lungo termine e riferisce periodicamente sul loro raggiungimento. Se tali obiettivi non sono raggiunti prende provvedimenti supplementari o rafforza i provvedimenti già adottati.

Motivazione scritta

Il testo italiano dell'iniziativa popolare "per derrate alimentari sane, prodotte nel rispetto dell'ambiente e in modo equo (Iniziativa per alimenti equi)" contiene all'articolo 104b capoverso 5 (di cui qui sopra e FF 2014 3171) un errore di traduzione manifesto. Nel tenore attuale la disposizione risulta incoerente e poco intelligibile, poiché non è dato capire cosa potrebbe significare "rafforzare obiettivi" peraltro "non raggiunti". La logica della frase induce a correlare il verbo "rafforzare" con "i provvedimenti", ciò che conferma del resto un confronto con le versioni tedesca e francese ("... Werden diese Ziele nicht erreicht, so trifft er zusätzliche Massnahmen oder verstärkt die bestehenden."; "... Si ces objectifs ne sont pas atteints, il prend des mesures supplémentaires ou renforce celles qui ont été prises.").

La Commissione di redazione propone ai due Consigli legislativi di rettificare il testo italiano come indicato. Questa rettifica non inficia la volontà espressa dai firmatari dell'iniziativa né modifica il vero senso dell'articolo 104b capoverso 5 dell'iniziativa. Consente anzi di esprimere correttamente quanto inteso dalla disposizione e di rendere equivalenti le tre versioni linguistiche. In questo senso, pur modificando la lettera del testo, la rettifica rispetta il fine perseguito dall'articolo 99 della legge sul Parlamento che sancisce la non modificabilità del testo delle iniziative popolari. Consultati in merito, il comitato d'iniziativa, la Cancelleria federale e l'Ufficio federale di giustizia hanno approvato la rettifica.

Präsidentin (Keller-Sutter Karin, Präsidentin): Die Redaktionskommission stellt einen Antrag zur Berichtigung der italienischen Fassung von Artikel 104a Absatz 5 der Bundesverfassung. Das Wort für die Redaktionskommission hat Herr Lombardi.

Lombardi Filippo (C, TI), per la commissione: Intervengo a nome della Commissione di redazione per proporvi di correggere un errore di traduzione manifesto nella versione italiana del testo dell'iniziativa popolare "per derrate alimentari sane, prodotte nel rispetto dell'ambiente e in modo equo". Infatti, il testo contiene all'articolo 104b capoverso 5 un errore di traduzione manifesto. Nel tenore attuale la disposizione risulta incoerente e poco intelligibile, perché non è dato capire cosa potrebbe significare "rafforzare obiettivi" peraltro "non raggiunti". La logica della frase induce a correlare il verbo "rafforzare" con "i provvedimenti", ciò che conferma del resto un confronto con le versioni tedesca e francese: "... Werden diese Ziele nicht erreicht, so trifft er zusätzliche



Massnahmen oder verstärkt die bestehenden."; "... Si ces objectifs ne sont pas atteints, il prend des mesures supplémentaires ou renforce celles qui ont été prises." Es sollen nicht die "Massnahmen", sondern die "Ziele" verschärft werden – da liegt der Fehler in der italienischen Fassung.

En français, d'après le texte que nous avons sous les yeux, ce sont les objectifs qui devraient être renforcés et non les mesures, alors que ce sont des mesures que l'on parle dans les deux autres langues.

La Commissione di redazione propone ai due Consigli legislativi di rettificare il testo italiano come indicato. Questa rettifica non inficia la volontà espressa dai firmatari dell'iniziativa né modifica il vero senso dell'articolo 104b capoverso 5 dell'iniziativa. Consente anzi di esprimere correttamente quanto inteso dalla disposizione e di rendere equivalenti le tre versioni linguistiche. In questo senso, pur modificando la lettera del testo, la rettifica rispetta il fine perseguito dall'articolo 99 della legge sul Parlamento che sancisce la non modificabilità del testo delle iniziative popolari. Consultati in merito, il comitato d'iniziativa, la Cancelleria federale e l'Ufficio federale di giustizia hanno approvato la rettifica.

Se la presente proposta è accolta, il decreto federale sarà sottoposto alla votazione finale nella versione rettificata.

Abs. 2 Art. 104a Abs. 5 – Al. 2 art. 104a al. 5

Angenommen gemäss Antrag der Redaktionskommission

Adopté selon la proposition de la Commission de rédaction

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées

Präsidentin (Keller-Sutter Karin, Präsidentin): Über Artikel 2 entscheiden wir erst nach Bereinigung des Gegenentwurfes.

3. Bundesbeschluss über eine Stärkung von fair gehandelten und umweltfreundlichen Lebensmitteln (Gegenentwurf zur Volksinitiative "für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)")

3. Arrêté fédéral relatif au renforcement de l'offre de denrées alimentaires issues du commerce équitable et produites dans le respect de l'environnement (contre-projet à l'initiative populaire "pour des denrées alimentaires saines et produites dans des conditions équitables et écologiques (initiative pour des aliments équitables)")

Antrag der Mehrheit

Nichteintreten

Antrag der Minderheit

(Zanetti Roberto, Fetz, Levrat)

Titel

3. Bundesbeschluss über eine Stärkung von fair gehandelten und umweltfreundlichen Lebensmitteln (Gegenentwurf zur Volksinitiative "für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)")

vom ...

Ingress

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, gestützt auf Artikel 139 Absatz 5 der Bundesverfassung, nach Prüfung der am 26. November 2015 eingereichten Volksinitiative "für gesunde sowie umweltfreundlich

AB 2018 S 44 / BO 2018 E 44

und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)", nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 26. Oktober 2016, beschliesst:

Ziff. I Einleitung

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Ziff. I Art. 104a Titel

Lebensmittel



Ziff. I Art. 104a Abs. 1

Der Bund stärkt das Angebot an Lebensmitteln, die von guter Qualität und sicher sind und die umwelt- und ressourcenschonend, tierfreundlich und unter fairen Arbeitsbedingungen hergestellt werden.

Ziff. I Art. 104a Abs. 2

Er begünstigt eingeführte Erzeugnisse, die den Anforderungen nach Absatz 1 genügen, aus fairem Handel und bodenbewirtschaftenden bäuerlichen Betrieben stammen.

Ziff. I Art. 104a Abs. 3

Er sorgt dafür, dass die negativen Auswirkungen des Transports und der Lagerung von Lebens- und Futtermitteln auf Umwelt, Klima und Tierwohl reduziert werden.

Ziff. II

Dieser Gegenentwurf wird Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet. Sofern die Volksinitiative "für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)" nicht zurückgezogen wird, wird er zusammen mit der Volksinitiative nach dem Verfahren gemäss Artikel 139b der Bundesverfassung Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet.

Proposition de la majorité

Ne pas entrer en matière

Proposition de la minorité

(Zanetti Roberto, Fetz, Levrat)

Titre

3. Arrêté fédéral relatif au renforcement de l'offre de denrées alimentaires issues du commerce équitable et produites dans le respect de l'environnement (Contre-projet à l'initiative populaire "pour des denrées alimentaires saines et produites dans des conditions équitables et écologiques (initiative pour des aliments équitables)" du ...

Préambule

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse, vu l'article 139 alinéa 5 de la Constitution, vu l'initiative populaire "pour des denrées alimentaires saines et produites dans des conditions équitables et écologiques (initiative pour des aliments équitables)", déposée le 26 novembre 2015, vu le message du Conseil fédéral du 26 octobre 2016, arrête:

Ch. I introduction

La Constitution est modifiée comme suit:

Ch. I art. 104a titre

Denrées alimentaires

Ch. I art. 104a al. 1

La Confédération renforce l'offre de denrées alimentaires sûres, de bonne qualité et produites dans le respect de l'environnement, des ressources et des animaux, ainsi que dans des conditions de travail équitables.

Ch. I art. 104a al. 2

Elle privilégie les produits importés qui répondent aux exigences mentionnées à l'alinéa 1 et qui sont issus du commerce équitable et d'exploitations paysannes cultivant le sol.

Ch. I art. 104a al. 3

Elle veille à la réduction des incidences négatives du transport et de l'entreposage des denrées alimentaires et des aliments pour animaux sur l'environnement, le climat et le bien-être des animaux.

Ch. II

Le présent contre-projet sera soumis au vote du peuple et des cantons. Il sera soumis au vote en même temps que l'initiative populaire "pour des denrées alimentaires saines et produites dans des conditions équitables et écologiques (initiative pour des aliments équitables)", si cette initiative n'est pas retirée, selon la procédure prévue à l'article 139b de la Constitution.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit ... 31 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 13 Stimmen

(0 Enthaltungen)



1. Bundesbeschluss über die Volksinitiative "für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)"

1. Arrêté fédéral sur l'initiative populaire "pour des denrées alimentaires saines et produites dans des conditions équitables et écologiques (initiative pour des aliments équitables)"

Art. 2

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit

(Zanetti Roberto, Fetz, Levrat)

Abs. 1

Sofern die Volksinitiative nicht zurückgezogen wird, wird sie zusammen mit dem Gegenentwurf (Bundesbeschluss über eine Stärkung von fair gehandelten und umweltfreundlichen Lebensmitteln) Volk und Ständen nach dem Verfahren gemäss Artikel 139b der Bundesverfassung zur Abstimmung unterbreitet.

Abs. 2

Die Bundesversammlung empfiehlt Volk und Ständen, die Initiative abzulehnen und den Gegenentwurf anzunehmen.

Antrag Cramer

... die Initiative anzunehmen.

Art. 2

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité

(Zanetti Roberto, Fetz, Levrat)

Al. 1

Si l'initiative populaire n'est pas retirée, elle sera soumise au vote du peuple et des cantons en même temps que le contre-projet (arrêté fédéral relatif au renforcement de l'offre de denrées alimentaires issues du commerce équitable et produites dans le respect de l'environnement), selon la procédure prévue à l'article 139b de la Constitution.

Al. 2

L'Assemblée fédérale recommande au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative et d'accepter le contre-projet.

Proposition Cramer

... d'accepter l'initiative.

Präsidentin (Keller-Sutter Karin, Präsidentin): Der Antrag der Minderheit entfällt aufgrund unseres Beschlusses zu Vorlage 3.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit ... 32 Stimmen

Für den Antrag Cramer ... 3 Stimmen

(9 Enthaltungen)

Präsidentin (Keller-Sutter Karin, Präsidentin): Da Eintreten obligatorisch ist, findet keine Gesamtabstimmung statt. Infolge der Annahme des Antrages der Redaktionskommission geht das Geschäft zurück an den Nationalrat.